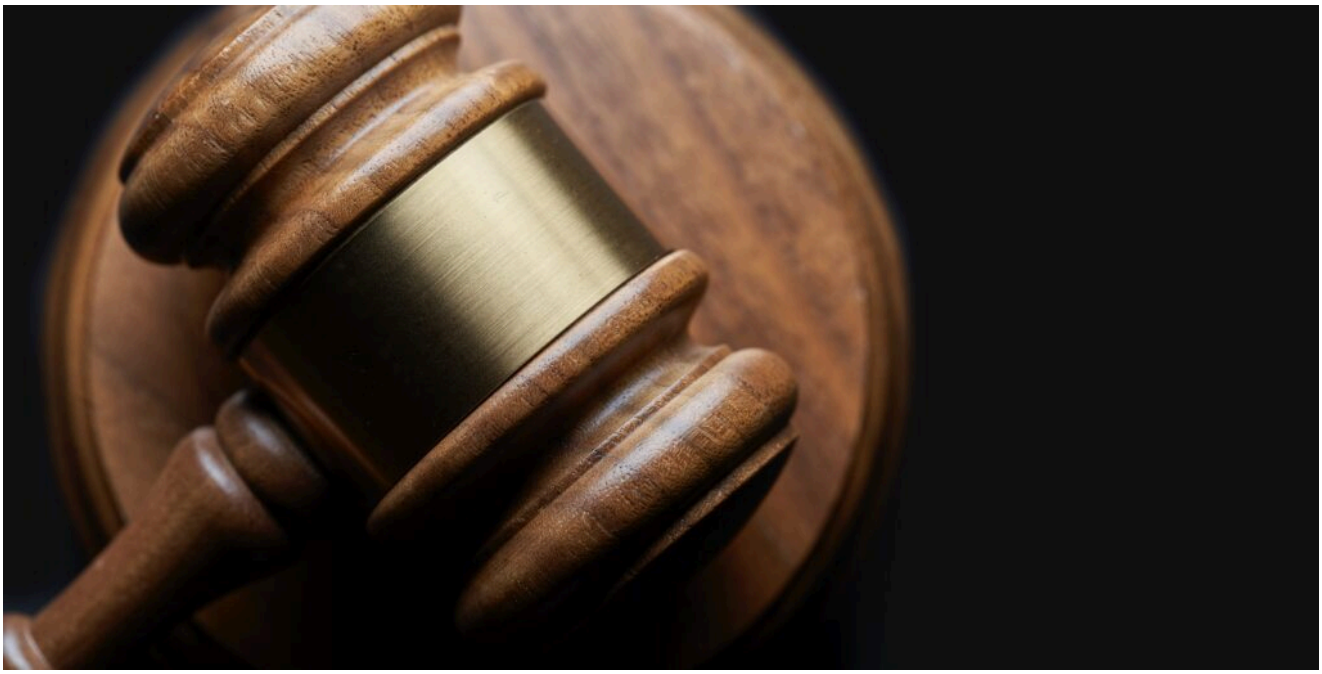
Unionspolitiker fordern Freispruch nach Todesurteil im Jemen

18. Juni 2019



Berlin (KNA) Unionspolitiker fordern einen Freispruch im Berufungsprozess gegen ein zum Tode verurteiltes führendes Mitglied der religiösen Minderheit der Bahai im Jemen. Hamed bin Haydara war im Januar 2018 aus religiösen Gründen von einem Sondergericht der Huthis verurteilt worden, am Sonntag soll ein Berufungsurteil verkündet werden, wie die Unionsfraktion im Bundestag mitteilte. Die Gerichte der Bürgerkriegspartei der Huthis stünden außerhalb des Rechtssystems der international anerkannten Regierung des Jemen.

„Unter keinen Umständen kann akzeptiert werden, dass Menschen aufgrund ihres Glaubens zu Opfern von Diskriminierung und Gewalt werden“, sagte der für Religionsfreiheit zuständige CDU Abgeordnete Volker Kauder. „Wir solidarisieren uns mit Hamed bin Haydara und fordern seine umgehende Freilassung.“ Die anhaltende Verfolgung der Bahai sowie aller religiösen Minderheiten im Jemen gehöre beendet.

Der Vorsitzende des Stephanuskreises in der Unionsfraktion, Heribert Hirte (CDU), beklagte, dass **Bahai** und **andere Religionsgemeinschaften** wie **Christen** im Jemen gezwungen seien, im Untergrund zu praktizieren. Der Stephanuskreis tritt als überkonfessionelles Gesprächsforum für Toleranz und Religionsfreiheit ein.

Die Glaubensgemeinschaft der Bahai hat nach Angaben der Gesellschaft für bedrohte Völker weltweit rund sieben Millionen Angehörige, davon einige Tausend im Jemen. Ihre monotheistische Religion wurde im 19. Jahrhundert gegründet. Bahai leben vor allem in Indien, Afrika, Nord- und Südamerika und dem Iran.

(KNA - tkqlo-89-00161)
Foto: Pixabay

Stand: 13. November 2026